

Wossifische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Schrieffleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr Dönhoff (A7) 3600-3665, Fernverkehr Dönhoff 3686-3698. Telegramme: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660.

Berlin

Bezugspreis monatl. 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: mm-Zeile 23 Pf., Familien-Anm. mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. [Anzeige] 15 Pf. Nr 475

DONNERSTAG, 5. OKTOBER 1933

MORGEN-AUSGABE

Ein neues Presserecht

Gesetzbeschlüsse des Reichskabinetts: Schriftleitergesetz — Erhöhter Schutz des Rechtsfriedens

Amlich wird mitgeteilt: „Das Reichskabinett verabschiedete in seiner heutigen Sitzung das vom Reichsministerium für Propaganda und Volksaufklärung vorgelegte Schriftleitergesetz. Durch dieses Gesetz wird der Schriftleiterberuf zu einem Träger öffentlicher Aufgaben gemacht. Das Gesetz enthält Vorschriften über die Zulassung zum Schriftleiterberuf, über seine Ausübung, seinen Gehalt in verschiedenen Stufen und hinsichtlich der Beurlaubung, und regelt die Überleitungsregeln in den neuen Rechtszustand. Der Reichsvorstand der Deutschen Presse erhält die Eigenheit einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, die alle Schriftleiter umfaßt. Das Gesetz legt u. a. die Schaffung von Berufsgerichten vor, denen Aufgaben des Rechtsfriedens und der Überwachung der Schriftleiter übertragen werden.“

Ferner wurde ein Gesetz über die schiedsgerichtliche Erledigung privatrechtlicher Streitigkeiten des Reichsrechts angenommen, wonach in Zukunft Vereinbarungen, durch die sich das Reich unter Ausschluss des ordentlichen Rechtswegs dem Spruch eines Schiedsgerichts unterwirft, die grundsätzlich nur mit Zustimmung des Reichsfinanzministers abgeschlossen werden dürfen. Weiterhin ist in diesem Gesetz die Lösung von Schiedsgerichtsinstanzen in laufenden Verfahren durch das Reich vorgesehen. Die Vorschriften dieses Gesetzes finden entsprechende Anwendung auf

die Länder und auf Verträge, die ein Dritter im Auftrage oder auf Rechnung des Reiches abgeschlossen hat.

Weiter beschloß das Reichskabinett ein Gesetz zur Gewährleistung des Rechtsfriedens, wonach Richter, Staatsanwälte oder Beamte, die mit politischen oder politischen Aufgaben betraut sind, aber auch Angehörige der Wehrmacht, der Luftwaffenverbände, der SA, SS, des Stahlheims und der Amtswalter der NSDAP, sowie Schiffsbesetzer, Sechsmanns, Zeugen und Sachverständige vor Gericht unter einen besonderen Schutz gestellt werden. Danach wird mit dem Tode oder soweit nicht auch eine schwerere Strafe angedroht ist, mit lebenslänglichem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren bestraft, wer es unternimmt, die angeführten Personen aus politischen Beweggründen oder wegen ihrer amtlichen oder dienstlichen Tätigkeit zu töten oder wer zu einer solchen Tötung auffordert, sich erboten, ein solches Verbrechen anzuhängen oder eine solche Tötung mit einem anderen verbrochen. Die gleichen Strafen werden festgesetzt für die Helfer und Verbreiter von hochverräterischen Verbrechen in Deutschland und für die Einschleppung und Verbreitung solcher Druckschriften im Inlande.

Schließlich wurde ein Gesetz über organisatorische Maßnahmen zur Förderung des Außenhandels verabschiedet, das gemeinsam mit den Durchführungsbestimmungen demnächst veröffentlicht werden wird.

Die Abrüstung

Von BENITO MUSSOLINI

Copyright 1933 by Carl Duncker Verlag

Die Iyrische Atmosphäre, die über den ersten Tagungen der Abrüstungskonferenz in dem nun schon lange zurückliegenden Februar des Jahres 1932 lag, ist fast ganz verfliegen. Die großen Heber jener Zeit sprechen wie erlöschende Propheten und die Höfer hegen hohe Erwartungen. Und das ist im Laufe von zwanzig Monaten verstanden.

Es gibt keine Heber mehr. Nichts ist begreifbarer als der Streik der typischen Völkerverbund-Beredamter, der in diesen Tagen in Genf ausgedroht ist. Vom 52 Delegationen, die dort zusammengekommen sind, hatte keine einzige etwas zu sagen. Der Kurs des Parlamentarismus liegt niedrig, selbst an jener Seite des Unterparlamentes, das die alljährliche Versammlung des Völkerverbundes geworden ist.

Die Höfer erwarten keine Abrüstung mehr. Sie werden zufrieden sein, wenn das Kompromiß glänzend gefanden ist. Von der Poetik, die Hoffnungen wecken würde, sind wir zu der Prosa hinabgefallen, die von den Staatsmännern mit der Hilfe ihrer Referenten ausgearbeitet wird.

Neue Neugier sollte festgehalten werden. Das Schiff der Abrüstung ist noch weit vom Ufer und kann noch weiter abgetrieben werden zu einer Fahrt nach unabsehbarer Dauer.

Warum gründen sich diese Perspektiven? Der erste Grund ist allgemeinen Charakters. Er liegt in der außerordentlichen Schwierigkeit, die in der Komplexität des Problems. Das berühmte Washingtoner Flottenabkommen betraf nur fünf Mächte und ist nicht leicht zuhandeln. Eine Abrüstungskonvention soll von allen Staaten gebilligt werden, sowohl von denen, die dem Völkerverbund angehören, wie von den Nichtmitgliedern, wie den Vereinigten Staaten und Jugland.

Der zweite Grund liegt in der Verschiedenheit des militärischen Charakters der Staaten. Es gibt Staaten, die in erster Linie Seemächte sind, wie England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Es gibt solche, die vornehmlich Landmächte sind, wie Russland und andere, die importierende Länder, Öze- und Luftstraßen unterhalten. Eine ganz verschiedene Bewertung der Abrüstung folgt logischerweise für die einzelnen Staaten daraus. In der Regel haben sich die Länder für Verhandlungen zugänglich erwiesen, bei Waffentagungen, die in ihrem eigenen militärischen System eine Notwendigkeit spielen; in umgekehrter Falle haben sie sich als jenseitig unüberwindlich erwiesen. Es ist klar und einleuchtend, daß England Seerüstungen wesentlich anders ansieht als Rüstungen zu Lande.

Es gibt weiter Fragen, die am Rande der eigentlich militärischen Probleme liegen, wie zum Beispiel die Frage der Reparationen, die vor und nach dem regulären Militärbedarf ausgedehnt worden sind, den Reservaten und den Kolonialtruppen. Alles das kompliziert die Aufgabe. Vielleicht wurde auch die Aufzählung des Gesellschaftsangehörigen, die vorwiegend zu weit waren.

Man hat versucht, zu einer allgemeinen Abrüstungskonvention zu kommen. Während es nicht eine Frage der Abrüstung gibt, sondern nur eine Frage der Verminderung und der Anpassung der Rüstungen. Denn es gibt für eine solche Waffensperre eine Grenze, die kein Staat übersteuern darf, ohne sich ernstlichen Gefahren auszuliefern.

Nachdem die Abrüstungskonferenz in den Rahmen des Völkerverbundes gepannt worden war — und vielleicht war sie anders nicht möglich —, mußte das größere oder geringere Festhalten der Genfer Konvention den Lauf der Dinge mehr oder weniger glänzend beeinflussen. Tatsächlich hat das Festhalten des Völkerverbundes in den vergangenen zwanzig Monaten einige ernste Stöße erlitten. Japans Auscheiden und seine Haltung bleibt ein unübersehbarer Faktor, selbst wenn eine Konvention zuhandeln kommt. Der christliche Streit zwischen Polinnen und Persien ist praktisch der Jurisprudenz des Völkerverbundes entgegen worden. Alles das hat dazu beigetragen, die Schwingen der Genfer Tauben schwer zu belasten.

Aber diese und andere Gründe, die wir nur streifen, um die Sache nicht zu lang zu machen, würden nicht ausreichen, um das magere oder negative Ergebnis der Genfer Arbeit zu erklären. Das Ziel könnte trotz allem erreicht werden, wenn dort ein anderer Faktor politischer und moralischer Art, wie vor-

Dertil ohne Mitwisser

Die Untersuchungen der Wiener Polizei

WIEN, 4. OKTOBER

Ueber die bisherigen Ergebnisse der zur Aufklärung des Anschlages auf Dr. Dollfuß von der Polizei geführten Untersuchung wird weiter bekannt, daß in dem in der Wohnung des Vaters Dertils beschlagnahmten umfangreichen Schriftmaterial, auch politische Inhalte, kein erhellendes Material, aber eine Menge Dertils gefunden worden seien, der ein Mitglied der Nationalsozialistischen Partei gewesen sei. Im Verlaufe zeigte Dertil jetzt bemerkenswerte Ruhe.

Nach dem Grunde der Tat befragt, antwortete er wiederholt, er habe die Dertiltätigkeit auf seinen Stiefvater, Dr. Günther, aufmerksam machen wollen als den einzigen Mann, der Dertilt in der jenseitigen Jugendbild retten könne. Dr. Günther, der in seinem Wohnort Schaffung von der Dertiltarbeit verlor, wird, ist, wie die Mütter melden, da ihm eine Beteiligung an dem Anschlage nicht nachgewiesen werden konnte, gleich wieder auf freien Fuß gesetzt worden, ebenso seine Frau und die Mutter Dertils. Weiter war nach ihren Aussagen nichts darüber bekannt, daß Dertil einer politischen Partei angehört. Dagegen habe er schon seit langem den Eindruck eines Wirtspolkes gemacht, der nicht wisse, was er wolle. Dieser Eindruck wird auch von anderer Seite befestigt.

Im Zuge der Erhebungen über das Attentat auf Bundeskanzler Dollfuß wurden mehrere Personen, die mit dem Täter in der letzten Zeit Verkehr hatten, zur Vernehmung in die Polizeidirektion gebracht. Durch ihre Aussagen konnte die Verhaftung Dertils, daß er die Tat ohne Mitwisser und ohne von jemand angezettelt worden zu sein verneint habe, nicht unterlagert werden. Die Bermoannenen konnten auch nachweisen, daß sie selbst in keinem Zusammenhang mit der Tat stehen. Sie wurden nach ihren Aussagen wieder entlassen. Auch eine größere Zahl von Vermutungsgegenständen für Dertil wurde vernommen. Befragungen sind im Zusammenhang mit dem Anschlage nicht erfolgt. Die Erhebungen der Polizei gehen weiter.

Dollfuß dankt Neurath

WIEN, 4. OKTOBER

Bundeskanzler Dr. Dollfuß hat auf die ihm ausgegangenen Telegramme ausländischer Staatsmänner zahlreiche Dantelegramme abgefangen. An Reichsaußenminister Freisner von Neurath drohte der Bundeskanzler:

„Ich danke Ihre Exzellenz aufrichtig für Ihre und der Reichsregierung freundliche Wünsche.“

Unter Teilnahme aller Mitglieder der Regierung, Vertreter des diplomatischen Korps und der höchsten Beamten des Staates hielt der Erzherzog von Wien, Antihier, in der Stephanskirche einen Dantegottesdienst für den Bundeskanzler.

Der Kampf um Bulgarien

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BUKAREST, 4. OKTOBER

Auf dem Wege nach Ankara, wo Zitulescu am 14. Oktober eintrifft, wird der rumänische Staatsmann einen Tag in Sofia verweilen. Neben eingehenden Besprechungen mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten ist auch eine Audienz bei König Boris vorgesehen.

Bei dem Gestörter Aufenthalt Zitulescus handelt es sich wohl um einen letzten entscheidenden Versuch, um Bulgarien zur Annäherung an die kleine Entente zu bewegen. Der Erfolg dieser Begabung wird aber davon abhängen, wieviel Zitulescus den Bulgaren für die Aufgabe ihrer Reserve wird bieten können.

Das Zentrum im Saargebiet

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

SAARBRÜCKEN, 4. OKTOBER

Zwischen Staatsrat Spaniol und dem Reichsminister der Zentrumspartei des Saargebiets haben sich Verhandlungen stattgefunden. Diese ergaben für die Zentrumspartei die Möglichkeit, sich in die Deutsche Front einzufügen. Das Zentrum wird in kürzester Zeit zur Beschlußfassung zusammenzutreten.

Autobahn Berlin—Stettin

Wie der „Angriff“ von zukünftiger Stelle hört, kommt als nächste Autobahn die Strecke Berlin—Stettin in Frage. Mit dem Beginn des Baus dieser Strecke ist in wenigen Wochen zu rechnen. Die Bauarbeiten sind so weit gediehen, daß die Parzellierung der Strecke Berlin—Stettin demnächst in Angerländer eingeleitet wird.

Unsere vierte Seite

Göring über das neue Deutschland — Gespräch mit Sauerwein